

wilma

Wilhelmstädter Magazin Nr. 1, Februar/März 2020

Erscheint sechsmal im Jahr kostenlos und werbefrei, Herausgeber: Bezirksamt Spandau von Berlin, Stadtentwicklungsamt



Seite 6

Alte Industriestandorte

Die »Siemensstadt 2.0« könnte sich für die Stadtentwicklung als Meilenstein erweisen. Was man von ihr lernen kann.

Seiten 8–10

100 Jahre Groß-Berlin

Unser neuer Schwerpunkt wird sich in diesem Jahr in loser Folge mit der Gründung Groß-Berlins 1920 befassen.

Seite 13

Ideen für den Metzger Platz

Der Metzger Platz ist in die Jahre gekommen und soll neu gestaltet werden. Und was könnten Sie sich hier vorstellen?



Bilderrätsel: Gewinner gesucht!

Wo wurde dieses Foto aufgenommen? Wer weiß, welchen Ort in der Wilhelmstadt das Bild zeigt, schickt die Lösung – bitte mit genauer Absenderadresse! – an die Redaktion: »Wilma«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstr. 21, 10115 Berlin, oder per Mail an: wilma@berliner-ecken.com Einsendeschluss ist Montag, der 23. März. Unter den richtigen Einsendungen wird ausgelost, der Gewinner erhält einen 20-Euro-Büchergutschein für die Dorotheenstädtische Buchhandlung. Unser letztes Bilderrätsel zeigte das auffällig umrahmte Fenster im Souterrain der Pichelsdorfer Straße 69. Gewonnen hat diesmal Michael Götz. Herzlichen Glückwunsch! Der Gutschein geht Ihnen per Post zu.

Ausblick 2020 – und eine Bitte!

Liebe Leserinnen und Leser, wir hoffen, Sie sind gut im Jahr 2020 angekommen! Und man kann jetzt schon sicher sein, dass es ein gehaltvolles Jahr wird. Immerhin steht mit dem Jubiläum »100 Jahre Groß-Berlin« auch eine Fülle an Veranstaltungen ins Haus. Und auch dies ist zu begehnen: 75 Jahre Kriegsende und Befreiung vom Faschismus – ein Thema, dem diesmal nicht nur aus historischen Gründen große Aufmerksamkeit zuteil werden wird. Aber auch in der Spandauer Wilhelmstadt gibt es 2020 Themen: so startet die Bebauung des Post-Areals, der Metzger Platz soll neu geplant werden und viel zu lange warten wir nun schon darauf, dass die Pichelsdorfer endlich umgestaltet wird oder das neue

»Wildwuchs«-Gebäude endlich wächst ... Mehr dazu in diesem Heft. Und hier noch eine Bitte in eigener Sache: Unser Verteiler, mit dem interessierten Lesern die Wilma als PDF zugeschickt wird, wurde durch ein Serverproblem unrettbar zerstört – was uns dazu zwingt, den Verteiler wieder ganz neu aufzubauen bzw. soweit möglich zu rekonstruieren. Wer also weiter die Wilma-Ausgaben auf elektronischem Weg erhalten möchte, schicke einfach nur eine ganz kurze Mail mit dem Stichwort »PDF-Verteiler« an: wilma@berliner-ecken.com. Vielen Dank für Ihre Mühe – und wir wünschen allen ein möglichst interessantes Jahr 2020! Die Redaktion

Termine im Stadteilladen Adamstraße 39

Sprechzeiten des Geschäftsstraßenmanagements: Di und Mi 10–13 Uhr

Sprechstunde des KoSP (Gebietsbeauftragte für die Wilhelmstadt): Fr 9–14 Uhr

Öffentliche Sitzungen der Stadtteilvertretung: jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.15 Uhr

Stadtteilvertretung, AG Verkehr: jeden 2. Mittwoch im Monat, 19–21 Uhr

Beratungsangebote des Sozialteams im Stadteilladen: siehe S. 15

Treffen der »Narcotics Anonymous«: (Selbsthilfegruppe für Menschen mit Suchterkrankungen): Fr 19.45–20.45 Uhr

WILMA im Internet

Alle bisher erschienenen Ausgaben der WILMA findet man auch im Internet als PDF unter: www.wilhelmstadt-bewegt.de/was-bewegt-sich/

Die nächste WILMA ...

.... erscheint Anfang April 2020.

Impressum

HERAUSGEBER Bezirksamt Spandau von Berlin, Abt. Bauen, Planen und Gesundheit; Stadtentwicklungsamt

REDAKTION Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

REDAKTIONSADRESSE »Wilma«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstr. 21, 10115 Berlin, Tel.: (030) 283 31 27, mail: wilma@berliner-ecken.com

FOTOREDAKTION Tanja Schnitzler, fotografie@tanjaschnitzler.de

ENTWURF UND GESTALTUNG Kai Dieterich, www.morgen-berlin.com mit Sebastian Fessel

DRUCK BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH www.berliner-zeitungsdruck.de

V.I.S.D.P. Ulrike Steglich / Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Baubeginn noch in diesem Jahr

Auch der »Post-Brunnen« ist schon abgebaut, für das neue Quartier »Spandauer Ufer« soll der B-Plan im Frühjahr öffentlich ausgelegt werden



Die Fläche ist weitgehend freigeräumt. Auch der »Post-brunnen« steht hier nicht mehr, jene Edelstahlskulptur, die fast 40 Jahre, seit 1981, hier stand. Die Künstlerin Ursula Sax hat sie geschaffen, die Skulptur erinnerte an den Brunnen, der sich ursprünglich hier befunden hatte. Sie musste nun Platz machen, weil auf dem 56.000 Quadratmeter großen Areal der Alten Post noch in diesem Jahr die Umsetzung eines der ehrgeizigsten Bauvorhaben in der Wilhelmstadt beginnt. Bis 2023 soll zwischen Klosterstraße, Ruhlebener Straße und Havel, auf dem früheren Post-Areal aus den 80er Jahren, nach den Plänen der Investoren ein »modernes, attraktives Quartier ein attraktives Quartier, vielfältig, flexibel und anregend«, »Verweilen und Arbeiten zwischen Spandas Altstadt und dem Havelufer.« Bauherrin ist die »Spandauer Ufer GmbH« (dahinter steht das Mannheimer Familienunternehmen FAY GmbH) mit dem Partner merz objektbau (Aalen), der Architektentwurf stammt von ASTOC Architekten (Köln).



Drei Gebäude von 40, 60 und 80 m Höhe sind geplant. Das derzeitige Konzept sieht zwei Hotels mit ca. 14.300 m² vor, Handelsflächen von ca. 13.700 m² sowie Gastronomieflächen von 1.200 m² vor. Büros/Praxen, Wohnen für junges Publikum, Familien oder barrierefreies Wohnen sind vorgesehen, genauso wie Fitnessbereiche. Vom Havelufer aus soll eine Fußgängerzone das neue Quartier diagonal durchziehen.

Das Konzept erhielt bereits in der Planungsphase vom DGNB (Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen) das Vorzertifikat in Gold.

Vor dem Bau muss jedoch noch die alte unterirdische Abwasserdruckleitung der Berliner Wasserbetriebe, die derzeit quer über das Grundstück verläuft, in das öffentliche Straßenland verlegt werden. Die neue, 183 Meter lange Leitung wird zwischen Bahntrasse, Havelufer und Ruhlebener Straße verlegt. »Durch den Einbau von Wärmetauschern kann die vorhandene Wärme des Schmutzwassers als saubere Wärmeenergie für das Quartier genutzt werden. Es werden damit ca. 50 % des gesamten Wärmebedarfs abgedeckt«, erklärt Agilolf Bachner, Geschäftsführer der Spandauer Ufer GmbH & Co. KG.

Um die Bauarbeiten ab September planmäßig durchzuführen, müssen allerdings im Februar noch einige Bäume und Sträucher auf dem Baufeld gefällt werden, denn im März beginnt die Brut- und damit Vogelschutzperiode. Entsprechende Ausgleichszahlungen werden geleistet. Geplant ist jedoch eine neue intensive Begrünung mit zahlreichen Bäumen und Büschen quer durch das Spandauer Ufer.

Für das Areal erarbeitet das Stadtentwicklungsamt derzeit einen Bebauungsplan, dem die aktuelle Planung zugrunde liegt. Noch in diesem Frühjahr soll der B-Plan dann öffentlich ausgelegt werden, so dass Anwohner die Gelegenheit haben, Einsicht in die Pläne zu nehmen und sich dazu zu äußern.

Und was wird nun aus dem »Post-Brunnen«? Die Skulptur wurde vorerst vom Bezirksamt geborgen und eingelagert, anschließend soll sie einen neuen Platz im Bezirk erhalten. Damit (wie auch mit der Verlegung der »Havelwelle« aus der Altstadt) beschäftigt sich nun Dr. Ralf F. Hartmann, Leiter des Kulturamts Spandau. Dabei hat er auch die Stadtteilvertretung Wilhelmstadt gebeten, Vorschläge zu machen, wo der »Post-Brunnen« ein neues Domizil finden könnte. us



Rad-Strategie nicht in Aussicht

Der »FahrRat Spandau« diskutiert weiterhin nur über Einzelmaßnahmen

Einmal im Quartal trifft sich der »FahrRat Spandau«. Wer allerdings hofft, in dem bezirklichen Beratungsgremium für den Radverkehr etwas über die langfristige Radverkehrsstrategie des Havelbezirks zu erfahren, wird enttäuscht.

»Wir würden ja gerne ein übergreifendes Radverkehrskonzept für Spandau entwickeln«, erläuterte Bezirksstadtrat Frank Bewig (CDU) gleich zu Beginn der Sitzung vom 15. Januar, »dazu fehlen uns aber die Leute.« Der Leiter des Straßen- und Grünflächenamtes Michael Spiza beschrieb die Situation folgendermaßen: »Fachkräfte für Verkehrsplanung sind derzeit in Berlin sehr knapp. Und ein Außenbezirk wie Spandau steht dabei ganz hinten: Bund, Land, Landesbetriebe wie die Infra-Velo-GmbH und private Planungsbüros bieten oft bessere Konditionen und eine bessere Bezahlung. Wenn wir dennoch einmal jemanden einstellen können, werden uns genauso schnell Mitarbeiter auch wieder abgeworben.«

Das ist eine schlechte Nachricht für alle Verkehrsteilnehmer: Denn wer seine Wege mit dem Fahrrad absolviert, braucht kaum Straßenraum und verstopft auch nicht die Busse, die in den Stoßzeiten oft nicht mehr in der Lage sind, alle Fahrgäste aufzunehmen, die an den Haltestellen warten. Und Spandau hat beim Radverkehr noch enorme Entwicklungspotenziale. Am Bahnhof Spandau zum Beispiel wird die Klosterstraße täglich von 47.100 Kfz benutzt, wie der Berliner Umweltatlas mit Daten aus dem Jahr 2014 nachweist (inzwischen dürften es wohl über 50.000 sein).

Der Abschnitt Klosterstraße/Altstädter Ring zählt zu den am stärksten belasteten im Bezirk und erreicht eine Ausnutzung wie die Stadtautobahn in Neukölln. In der Klosterstraße befindet sich aber auch die einzige Fahrradzahlstelle des Bezirks. Die registrierte im vergangenen Jahr im Durchschnitt 1.485 Radfahrer am Tag, nur etwa die Hälfte des Durchschnittswerts aller 17 Zählstellen Berlins: Über die Klosterstraße verkehren mehr Linienbusse (2080/Tag) als Radfahrer! In europäischen Städten mit einer gut ausgebauten Rad-Infrastruktur herrschen dagegen ganz andere Verhältnisse: Im regnerischen und windigen Kopenhagen zum Beispiel passieren die »Dronning-Louises-Bro« (Königin-Louise-Brücke) im Stadtzentrum werktäglich rund 48.000 Fahrräder.

Immerhin tut sich etwas. Der Platz vor dem Rathaus soll aus Mitteln des Förderprogramms »Städtebaulicher Denkmalschutz« umgebaut werden, dabei wird auch der Radweg verbreitert und neu geführt. Der ist in seiner jetzigen Form nämlich kaum nutzbar, denn er verläuft genau zwischen den Haltebuchten der Bushaltestelle »Rathaus Spandau« und den Wartebereichen der Fahrgäste. Zu Stoßzeiten rollen die Busse hier im 40-Sekunden-Takt – dann ist für Fahrräder kein Durchkommen. Jetzt soll der Radweg um die Wartebereiche herumgeführt werden. Eine Machbarkeitsstudie ist erstellt, die Planung wird derzeit ausgeschrieben. Im Straßen- und Grünflächenamt rechnet man mit dem Beginn der Bauarbeiten frühestens im Jahr 2022. Auf der gegenüberliegenden Seite des Altstädter Rings wird der Radweg aber bis auf weiteres blockiert bleiben. Der Bereich gehört nicht zum »Fördergebiet Altstadt Spandau«, deshalb stehen für einen Umbau keine Mittel bereit.

Aber auch in der Klosterstraße führen die viel zu schmalen Radwege meist zwischen Bushaltebuchten und Wartebereichen hindurch, ohne dass es Planungen gibt, an diesem Zustand etwas zu ändern. Am Ufer der Havel entsteht zwar eine neuer Radverbindung. Den Uferweg teilen sich aber Fußgänger und Radfahrer, spürbare Entlastungen für den Gesamtverkehr sind von ihm also nicht zu erwarten. Auf die Wilhelmstadt auswirken könnte sich jedoch der neue Spree-Radweg, an dessen Planung die Infra-Velo-GmbH derzeit intensiv arbeitet. Falls nämlich künftig tatsächlich eine neue Fahrradbrücke die Spree auf Höhe des Klärwerks Ruhleben in Richtung U-Bahnhof Haselhorst überspannen sollte, würde auch eine neue und zügige Rad-Route von der Wilhelmstadt über die Schulenburgbrücke in Richtung Siemensstadt und »Urban Tech Republic« auf dem TXL-Gelände möglich. Die Wilhelmstadt würde dadurch in den mit dem Rad zu meistemden Entfernungsbereich um diese beiden zukünftigen Innovationszentren der Stadt rücken. Die jungen, meist nicht in Berlin aufgewachsenen Mitarbeiter der Tech- und IT-Branche nutzen im Allgemeinen sehr gerne das Rad für ihren Weg zur Arbeit: Immobilienentwickler in der Innenstadt jedenfalls, die für ihre Gewerbebauten diese Zielgruppe im Blick haben, planen meist riesige Fahrradabstell-Anlagen und relativ wenige Parkplätze für Pkw. cs

Kostenfreie Mieterberatung auch 2020

Die im Spätsommer 2018 erweiterte kostenfreie bezirkliche Mieterberatung (im Rahmen des Bündnisses für Wohnungsneubau und Mieterberatung in Berlin 2018–2021) hat sich inzwischen in Spandau etabliert.

»Insgesamt konnten Beratungen an zehn dezentralen Stellen aufgebaut werden, deren Zeiten nun zum Jahreswechsel neu angepasst werden. Die Angebote werden inzwischen sehr gut angenommen«, berichtet Stadtrat Stephan Machulik, zuständig für Bürgerdienste, Ordnung und Jugend. »Im Hinblick auf den Berliner Mietendeckel wird es mehr als genug Beratungsbedarf geben, daher freue ich mich, dass in 2020 vorerst wieder 100.000 € für die Mieter zur Verfügung gestellt werden können.« Die Mieterberatung soll vor allem zivilrechtliche Fragestellungen der Mieterinnen und Mieter umfassen, insbesondere zu Mietverträgen, Mieterhöhungen, Betriebskosten und Kündigungsschutz, und eine Hilfe zum praktischen Vorgehen bei Problemen geben. Primärer Zweck der Mieterberatung ist es nicht, Beratungen zu öffentlichen Leistungen anzubieten, dazu wird an die entsprechenden Stellen verwiesen. Eine rechtliche Vertretung der ratsuchenden Mieter ist mit der Mieterberatung allerdings nicht abzudecken, das Rechtsberatungsgesetz wird beachtet.

In neun Einrichtungen berät dabei ein qualifizierter Mitarbeiter des Alternativen Mieter- und Verbraucherschutzbundes e.V., im Rathaus Spandau zusätzlich ein Mitarbeiter des Berliner Mietervereins.

22. Februar: Erste Ehrenamtsbörse Spandau

Gemeinsam mit dem Projektteam von Hürdenspringer Spandau Netzwerkfonds haben die Koordinatorin für das Ehrenamt mit Geflüchteten, Christina Skirde, und Benjamin Schneider aus dem Ehrenamtsbüro mit der Unterstützung einiger Spandauer Vereine und Organisationen die erste Ehrenamtsbörse in Spandau organisiert. Diese findet am 22. Februar von 12–16 Uhr statt und lockt hoffentlich viele Menschen ins Rathaus. Im Bürgersaal wird es ganz klassisch die Möglichkeit geben, die eigene Einsatzstelle



Im Stadtheilladen in der Adamstraße 39 findet die Beratung immer donnerstags zwischen 8 und 10 Uhr statt, im Rathaus Spandau immer donnerstags zwischen 13 und 15 Uhr sowie an jedem zweiten Montag zwischen 16 und 18 Uhr. Alle Beratungsstandorte und Sprechzeiten sehen Sie hier:

Spandau Mitte / Altstadt: Standort Rathaus Spandau, Carl-Schurz-Straße 2–6, 13597 Berlin, Jeden 2. und 4. Montag im Monat 16–18 Uhr (Bearbeitung der Reihe nach ohne Voranmeldung) Jeden Donnerstag 13–15.30 Uhr (Bearbeitung der Reihe nach ohne Voranmeldung), Beratung: Berliner Mieterverein e.V.

Neustadt: Standort »Paul-Schneider-Haus« Schönwalder Straße 23–24, 13585 Berlin, Dienstag 15–17 Uhr, Beratung: Alternativer Mieter- und Verbraucherschutzbund e.V., Kontakt: Tel. (030) 68 83 74 92, 0170 / 237 17 90

an einem Stand vorzustellen. Ein wenig interaktiver geht es an Thementischen zu, an die z.B. die Ehrenamtskoordinatorinnen der Spandauer Unterkünfte für Geflüchtete oder die Familienzentren einladen. Die Rathaukantenne ist an diesem Samstag geöffnet und fungiert als Ehrenamtscafé mit viel Raum für Austausch. Ganz im Sinne einer »Speakers Corner« werden sowohl Ausstellende als auch bereits Engagierte während der Veranstaltung die Möglichkeit haben, sich und ihre Arbeit auf der Bühne im Bürgersaal vorzustellen. Und last but not least bietet das Team von Hürdenspringer als Experte für alles rund ums Spandauer Ehren-

Falkenhagener Feld: Standort »Kieztreff« (Einkaufszentrum Posthausweg), Falkenseer Chaussee 199, 13589 Berlin, Dienstag 18–20 Uhr, Beratung: Alternativer Mieter- und Verbraucherschutzbund e.V., Kontakt: Tel. (030) 68 83 74 92, 0170 / 237 17 90

Standort »Mehrgenerationenhaus«: Im Spektelfeld 26, 13589 Berlin, Spandauer Mieterverein für Verbraucherschutz e.V., Montag und Mittwoch 9–15 Uhr; Dienstag und Donnerstag 9–13 Uhr und 15–18 Uhr, Kontakt: Tel. (030) 81 85 27 20, 0176 / 39 11 01 37, 0176 / 97 45 21 45, info@spandauer-mieterverein.de

Wilhelmstadt: Standort »Stadtteilladen Wilhelmstadt« (ehemalige Post), Adamstr. 39, 13595 Berlin, Donnerstag 8–10 Uhr, Beratung: Alternativer Mieter- und Verbraucherschutzbund e.V., Kontakt: Tel. (030) 68 83 74 92, 0170 / 237 17 90

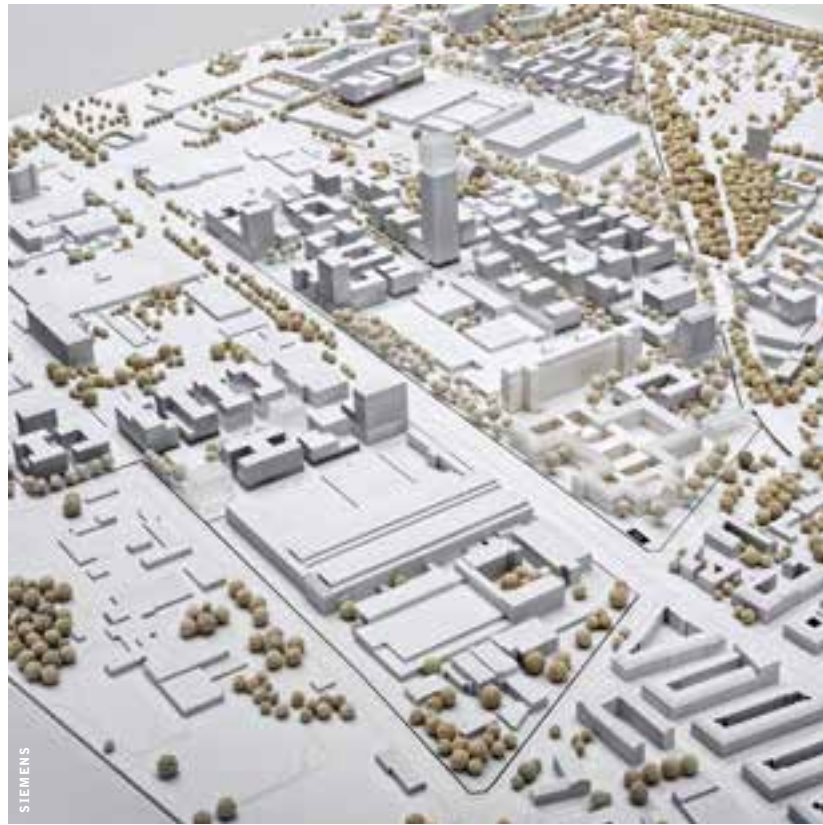
Staaken: Standort »Stadtteilzentrum Gemeinwesenverein Heerstraße Nord e.V.«, Obstallee 22 d/e, 13593 Berlin, Montag 16–18 Uhr Beratung: Alternativer Mieter- und Verbraucherschutzbund e.V., Kontakt: Tel. (030) 68 83 74 92, 0170 / 237 17 90

Siemensstadt: Standort »Stadtteilbüro Siemensstadt«, Wattstraße 13, 13629 Berlin, Montag 13–15 Uhr, Beratung: Alternativer Mieter- und Verbraucherschutzbund e.V., Kontakt: Tel. (030) 68 83 74 92, 0170 / 237 17 90

Haselhorst: Standort »Gemeinwesenverein Haselhorst e.V.«, Burscheider Weg 21, 13599 Berlin, Montag 10–12 Uhr, Beratung: Alternativer Mieter- und Verbraucherschutzbund e.V. Kontakt: Tel. (030) 68 83 74 92, 0170 / 237 17 90

Hakenfelde: Standort »Seniorentreff Hohenzollernring«, Hohenzollernring 105, 13585 Berlin, Dienstag 11–13 Uhr, Beratung: Alternativer Mieter- und Verbraucherschutzbund e.V. Kontakt: Tel. (030) 68 83 74 92, 0170 / 237 17 90

amt drei Workshops an: »Was ist Ehrenamt?«, »Autogenes Training« und »Progressive Muskelentspannung«. Ehrenamtliche Tätigkeiten sind unentbehrlich für sozial stabile Nachbarschaften, das Gemeinschaftsgefühl, aber auch viele Hilfe- und Unterstützungsangebote, die es ohne ehrenamtlich Engagierte so nicht gäbe. Die Palette ist dabei groß und reicht von der Kinder- und Jugendarbeit, der Unterstützung von Senioren, bei Tafeln und caritativen bzw. kirchlichen Einrichtungen bis hin zum THW oder der Freiwilligen Feuerwehr. Da werden noch viele Helfer je nach ihren Möglichkeiten und Interessen gebraucht! us



Modellprojekt des
neues Quartiers.

Zukunftsweisend ist dabei vor allem der Grundgedanke, der dem Konzept der Siemensstadt 2.0 zugrunde liegt: Die Planung richtet sich nicht einheitlich nach den erkennbaren Ansprüchen des Eigentümers, sondern lässt bewusst noch Freiräume offen. Markus Penell von Ortner & Ortner, dem von der Fachjury einstimmig zum Sieger des städtebaulichen Wettbewerbs gekürten Architekturbüro, spricht in diesem Zusammenhang von der »Unerwartbarkeit, die wir an der Stadt so schätzen«.

Im Denken des 20. Jahrhunderts wäre so etwas ein schwerer Fehler gewesen, da sich mit Unwägbarkeiten auch Störungen einschleichen können. Aber heutzutage tritt an die Stelle des Ideals eines optimierten maschinellen Produktionsgetriebes zunehmend das Leitbild eines Netzwerkes unabhängig voneinander agierender, flexibler Unternehmen oder Unternehmensteile. So wie ein Baum, wie man heute weiß, nicht allein von seinen eigenen Wurzeln versorgt wird, sondern auch von zahllosen unabhängig voneinander operierenden Pilzgeflechten im Boden, die an die Wurzeln andocken und den Baum im Austausch für Zucker mit lebensnotwendigen Mineralien beliefern.

Cedrik Neike, Vorstandsmitglied von Siemens mit Sitz in Berlin, hat im Silicon Valley die Leistungsfähigkeit dieser Netzwerke kennen gelernt, wo er für den amerikanischen IT-Konzern Cisco tätig war. Wahrscheinlich ist dem gebürtigen Weddinger, der bei Siemens seine Ausbildung zum Industriekaufmann absolviert hat, auch bewusst, dass das kalifornische Modell inzwischen seine Grenzen erreicht, weil die Lebenshaltungskosten und insbesondere die Wohnkosten im Umfeld des Valley selbst für viele sehr gut verdienende Ingenieure kaum noch erschwinglich sind. Berlin ist da (noch) deutlich besser aufgestellt. Die Stadt gilt international als attraktiver Standort für jungen Experten, ohne die kein Tech-Konzern auskommen kann. Allerdings herrscht in vielen Amtstuben oftmals noch das alte Denken des 20. Jahrhunderts. So plant Berlin zum Beispiel für die Nachnutzung des Flughafens Tegel nur ein dicht gedrängtes Wohngebiet am östlichen Rand, dafür aber Industrieflächen für einen Betriebe mit hohem Gefahrenpotenzial. Diese verhindern, dass sich der Rest des Gebietes zu einem gemischten, urbanen Areal wie die Siemensstadt 2.0 entwickeln kann. Und auch am Südhafen in der Wilhelmstadt blockt der Senat alle Bestrebungen des Bezirks, hier künftig so eine Mischung zuzulassen.

Bis zum kommenden Jahr soll das Baurecht auf dem Gelände von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen konkret gefasst werden – keine leichte Aufgabe bei einem so innovativen Projekt. Aber weil parteiübergreifend großer Konsens herrscht und zudem auch noch die Wirtschaft dahintersteht, könnte der Lerneffekt auch auf andere Verwaltungen überschlagen und möglicherweise sogar das Bundesbauministerium erfassen, das für das bundesweite Planungsrecht zuständig ist. cs



Südhafen: BEHALA plant Ausbau

Die landeseigene Berliner Hafen- und Lagerhausgesellschaft mbH (BEHALA) plant weiterhin den Ausbau des Südhafens in der Wilhelmstadt. Bis zum Jahr 2023 ist dort der Neubau einer Lagerhalle für Stückgüter vorgesehen. Im Oberhafen, wo sich gegenwärtig die Flüchtlingsunterkunft befindet, sollen mittelfristig neue Kaianlagen, Gleisverbindungen, Lagerhallen und Umschlagflächen entstehen.

Das geht aus einer Präsentation hervor, die der für Logistik zuständige Prokurist der BEHALA Klaus-G. Lichtfuß im Oktober 2019 bei einer Vorlesung in der TU Berlin vorstellte und die im Internet (ews.tu-berlin.de) abrufbar ist. Danach ist bis zum Jahr 2023 die Fertigstellung einer neuen dreiteiligen Lagerhalle mit einem Kran für Schwerlasten bis zu 150 Tonnen vorgesehen, die an der Stelle der jetzigen Lagerhalle gegenüber der Feuerwache Spandau-Süd entstehen soll. Dort können Frachtschiffe anlanden, ohne die Schleusen Berlins passieren und die Schulenburgbrücke unterqueren zu müssen. Die ist gegenwärtig noch zu niedrig für Motorschiffe der Größenklasse, die nach dem Ausbau der Unteren Havel auf der Wasserstraße verkehren sollen. Der Abriss und Neubau der Schulenburgbrücke ist zwar geplant, genießt in Berlin aber keine besondere Priorität: Die knappen personellen Ressourcen der Abteilung Tiefbau in der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klima-

schutz werden bis auf Weiteres für dringlichere Projekte benötigt. Die BEHALA setzt sich für den Neubau der Schulenburgbrücke ein, die gegenwärtig wegen ihres altersbedingten Bauzustandes nur für LKW unter einem Gesamtgewicht von 18 Tonnen zugelassen ist. Wird die Brücke angehoben, so könnte die Hafengesellschaft zudem Bahngleise unter ihr hindurchführen und damit die vorhandene Kaianlage bis zu einer Stelle ungefähr gegenüber des Kreuzfahrtterminals erweitern: Der Oberhafen, der gegenwärtig nicht für Hafenzwecke genutzt wird, könnte in den Südhafen integriert werden. Weitere Bahngleise sollen vom Oberhafen zum Güterbahnhof Ruhleben führen, auch neue Lagerhallen und ebenerdige unbefestigte Umschlagflächen sind am Oberhafen geplant. Kritiker bezweifeln allerdings, dass Berlin zusätzliche Hafenkapazitäten in seinem Stadtgebiet benötigt. Denn die industrielle Produktion im Großraum verlagert sich tendenziell eher ins Umland, wo neue Fabrikanlagen wie etwa die von Tesla die besseren Produktionsbedingungen vorfinden. Auch die großen Güterverteilzentren, von denen aus Berlin beliefert wird, entstehen in den Umlandgemeinden. Zudem ist insbesondere der LKW-Verkehr im Umfeld einer Hafenanlage eine große Belastung für die Anwohner und für den Verkehrsfluss in der Stadt. Am Südhafen wird der Großteil der Gütermenge über LKWs abgewickelt: von insgesamt 554.000 Tonnen im Jahr 2018 wurden deutlich mehr als die Hälfte (320.000 Tonnen) mit dem LKW an- oder abtransportiert, wie aus der Präsentation von Klaus-G Lichtfuß hervorgeht. Im Jahr 1999 lag der Güterumschlag im Südhafen zudem noch bei 1,7 Millionen Tonnen, auch das vergleichsweise starke Wirtschaftswachstum Berlins seit Mitte der 2010er Jahre hat an dem drastischen Einschnitt in den 2000er Jahren kaum etwas ändern können. cs

Durch den Bauboom in Berlin steigt auch die Nachfrage nach Beton. Ein Teil davon wird vom Südhafen aus geliefert.

Geänderte Beratungsangebote im Stadtteilladen 2020

Niels Tiedtke, der bisherige Stadtteilkordinator für die Wilhelmstadt, verlässt Anfang 2020 diese Stelle. Diese bleibt aber erhalten und soll baldmöglichst neu besetzt werden. Durch den Weggang von Niels Tiedtke ergeben sich einige Veränderungen bei den Beratungsangeboten im Stadtteilladen Adamstraße 39 wie folgt:

Kontakt:

Stadtteilkoordination Wilhelmstadt,
Tel.: 030/89587075

Montag, 16–18 Uhr

Schiedsmann Dietmar Zacher berät bei Konflikten und Streitigkeiten und zu Schwerbehindertenrecht

Dienstag, 9–11 Uhr

Allgemeine unabhängige Sozialberatung durch Frau Adelheid Mechsner, Immanuel Beratung

Donnerstag, 8–10 Uhr

Kostenlose Mieterberatung durch Herrn Eupen, AMV – Alternativer Mieter- und Verbraucherschutzbund e.V.

Jeder 2. Do. im Monat, 17:30–20:00 Uhr

Repair-Café: Hilfe zur Selbsthilfe, Reparatur von Elektro- und Haushaltsgeräten unter Anleitung

Jeden 2. u. 4. Freitag im Monat, 10–12 Uhr

Demenzlotsensprechstunde: Maria Späth und Herr Zeynel Aydogan bieten Beratung und Hilfe für Angehörige von Demenzzkranken

Hartz 4-Beratung

Herr Schumann berät zu den Themen Hartz IV, Jobcenter und Existenzgründung. Termine nach Vereinbarung: schumann53@gmx.de; Tel.: 0176/87147060

Neues Denken für alte Industriestandorte

Was man von »Siemensstadt 2.0« lernen kann

Ein Weltkonzern, der sein altes Stammwerk wiederentdeckt und ausbaut, das ist nicht nur für Spandau eine tolle Geschichte. Noch bedeutsamer ist aber die Art und Weise, wie Siemens hier vorgeht. Für die Entwicklung europäischer Städte könnte sich die neue Siemensstadt als Meilenstein erweisen.

Denn im östlichen Spandau wird nicht bloß eine bis dato für industrielle Zwecke genutzte Stadtfläche zu einem neuen, zentralen Dienstleistungsstandort aufgewertet. Das passiert in vielen Städten, vor allem mit ehemaligen Hafenanlagen oder Güterbahnhöfen. In der Siemensstadt dagegen wird nicht bloße »Konversion« betrieben. Hier wird vielmehr ein Industriestandort zukunftsweisend weiterentwickelt und für die Stadt geöffnet. Auf dem 0,7 Quadratkilometer großen Gelände am Nonnendamm entstehen auch rund 2750 Wohnungen, die Erdgeschosszonen werden durchgängig öffentlich zugänglich sein, eine Grundschule, zwei Kitas und eine Jugendfreizeiteinrichtung sind geplant. Und die Siemensstadt soll einen zentralen »Stadtplatz« erhalten, samt einem Hochhaus, das bis zu 150 Meter hoch sein könnte – für Berliner Verhältnisse ein regelrechter Wolkenkratzer. Gespannt sein kann man auch auf die Umsetzung des Mobilitätskonzepts, nach dem das Gelände weitgehend autofrei bleiben soll, das dafür aber »Quartiershuttles« zu »Mobilitätshubs« sowie U- und (künftigen) S-Bahnhöfen am Rand des Geländes vorsieht.

Von der Provinz zur Metropole

Wenn »echte« Spandauer sagen, dass sie jetzt ins Zentrum oder in die Stadt fahren, ist damit oft nicht etwa die Berliner Innenstadt oder der Bezirk Mitte gemeint, sondern die Spandauer Altstadt. Und fährt man nach Berlin, dann heißt es eben genau: Wir fahren nach Berlin.

Dieses lokale Selbstbewusstsein hat seine historischen Gründe: Immerhin ist Spandau wesentlich älter als die Berliner Innenstadt, gab es die slawische Siedlung »Spandow« schon, bevor überhaupt an Berlin und Cölln als Berliner Geburtsstätten zu denken war. Wie arg muss da das »Gesetz über die Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin (Groß-Berlin-Gesetz)« am Lokalstolz und der Spandauer (und den Pfründen der Spandauer Administration) genagt haben, das am 1. Oktober 1920 in Kraft trat? Und doch: Obwohl schon zuvor hier und da Eingemeindungen von Berliner Vorstädten vollzogen wurden, hätte es ohne dieses Gesetz keine Metropole Berlin gegeben. Gleichzeitig war die Bildung von »Groß-Berlin« nur eine folgerichtige Konsequenz aus den Entwicklungen der Jahrzehnte zuvor.

Die Stadt wird zu klein

Denn die massive Industrialisierung in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte Folgen sowohl für das bisherige Alt-Berlin (etwa heutiger Innenstadtring) als auch für das Umland gehabt: Weil die Industrie heftig expandierte, die Bevölkerungszahlen immens stiegen (und auch die Bodenpreise) und immer weniger Platz in der Kernstadt war, wick sie zunehmend auf die umliegenden Gemeinden aus – und die Arbeitskräfte zogen hinterher, in die neuen Mietskasernen im Norden und Osten, während sich die Innenstadt entvölkerte, was wiederum einen Verlust an Steuerzahlern und -geldern für Alt-Berlin bedeutete. Mit der Industrialisierung verbunden waren auch die stetige Ausweitung der Verkehrsverbindungen sowie der modernen Kanalisation. Beides verknüpfte die Kernstadt mit den Vororten zu einem praktisch-funktionalen Stadtorganismus, der bereits um 1910 die Züge einer Stadtregion Berlin trug – jedoch noch nicht politisch-administrativ, was ein entsprechendes Verwaltungschaos zur Folge hatte. So gab es um 1900 bei den 151 Gemeinden im Berliner Raum 43 Gaswerke, 17 Wasser- und 15 Elektrizitätswerke, und während Berlin den Tegeler See als

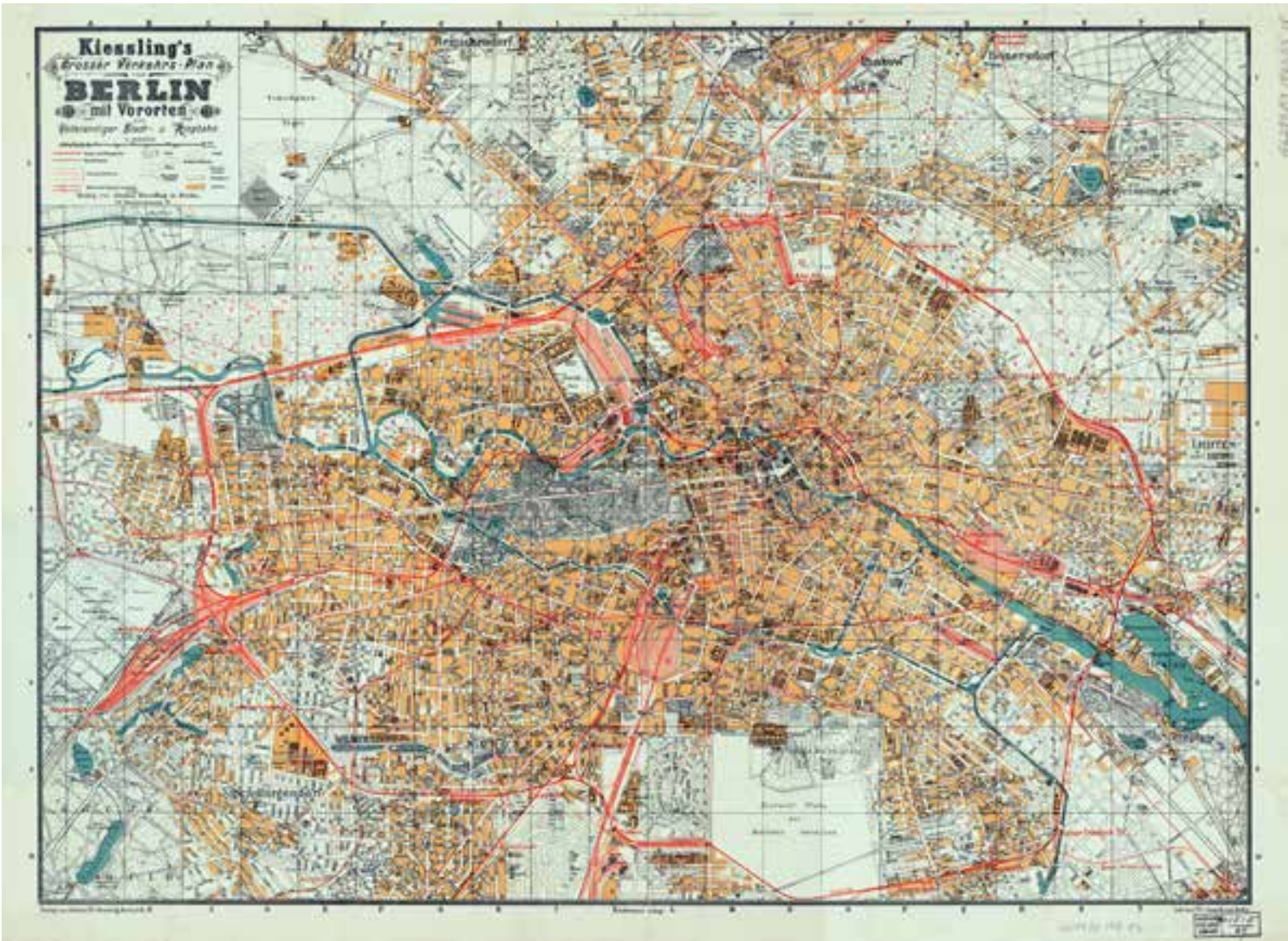
Trinkwasserreservoir nutzte, leiteten gleichzeitig Reinickendorf und Tegel ihre Abwässer in den See – so berichtet es die »Berlinische Monatsschrift« (6/2000).

Tumulte in den Parlamenten

Auf Dauer war solche chaotischen Verhältnisse untragbar, und so wurde 1906 ein Wettbewerb »Groß-Berlin« ausgeschrieben, um die bauliche Entwicklung zu befördern und langfristig das Wachstum auf eine 10-Millionen(!)-Stadt zu ermöglichen. Doch zunächst mussten viele widerstrebende Interessen, die Diversität Berliner Realitäten und Mentalitäten berücksichtigt werden. So gab es als Minimalvariante zunächst ab 1912 einen losen »Zweckverband Groß-Berlin«, der sich jedoch auf einen Städte- und Verkehrsplanungsaufgaben beschränkte. Das Grundproblem, ein zwar zusammengehöriger, aber bislang zersplitterter Wirtschafts- und Verkehrsraum, wurde dadurch nicht gelöst. Vor diesem Hintergrund sowie den nun einsetzenden politischen Umwälzungen war die Zeit reif für eine Einheitsgemeinde, weshalb der preußische Ministerpräsident und Sozialdemokrat Paul Hirsch einen entsprechenden Verfassungsentwurf erarbeiten ließ. Der sorgte für heftige Kontroversen, fand Fürsprecher wie auch erbitterte Gegner (letztere vor allem aus konservativen und wohlhabenderen Kreisen), so dass es auch zu Tumulten und sogar Prügeleien in den unterschiedlichen Stadtparlamenten kam.

Polyzentrale Stadt

Dennoch wurde das Gesetz 1920 mehrheitlich beschlossen – und damit ein gewaltiger Sprung gemacht. Quasi über Nacht vergrößerte sich die Stadtgemeinde Berlin um das 13fache, von knapp 66 km2 auf 878 km2, die Bevölkerungszahl verdoppelte sich: von ca. 1,9 Mio. auf 3,8 Mio., womit Berlin schlagartig zur drittgrößten Stadt der Welt wurde, nur London und New York hatten mehr Einwohner. Für Berlin entspannte sich damit auch die baulich-räumliche Beengtheit, die Bevölkerungsdichte reduzierte sich von 285 Einwohnern/ha vor der Eingemeindung auf nun 44 Einwohner/ha. Damit waren eine koordinierte Stadtplanung und Wohnungsbau in Größenordnungen möglich, das in bemerkenswert kurzer Zeit entstandene Verkehrsnetz mit all den U-, S-, Straßenbahn- und Buslinien und Fernbahnverbindungen konnte ausgebaut



und verdichtet und neue, effizientere Verwaltungsstrukturen für die Gesamtstadt aufgebaut werden. Und was fing jetzt der »gemeine Schrippen-Berliner« damit an? Es wurde ja nicht automatisch ein neues Gesamtberliner Identitätsgefühl mitgeliefert. Der Berliner trug es mit der üblichen stoischen Gelassenheit, die noch heute das Funktionieren der Stadt erst möglich macht. Man blieb einfach weiter Wedding, Moabit, Pankow oder Köpenicker – Spandauer sowieso. Ohnehin musste die Stadt angesichts ihrer schieren Größe in einzelne kleinere Verwaltungseinheiten, die Bezirke nämlich, strukturiert werden. Bis heute ist Berlin kein zentralistisches Gebilde, sondern ein polyzentrales: Berlin ist die Summe seiner Kieze, mit jeweils eigenen Gebietszentren. Und bis heute ist es so, dass gerade die Diversität ihrer Bewohner und ihrer Kieze den Reiz der »Metropole« ausmacht. In Spandau ist das Tempo, die Gangart, anders als in Friedrichshain, und in Hellersdorf ticken die Uhren etwas anders als in Zehlendorf. Warum auch nicht? us

100 Jahre Groß-Berlin Größte Stadt der Europäischen Union

Für Berlin gilt sein Ende Januar ein neuer Superlativ: Nachdem London nicht mehr zur EU gehört, rangiert Berlin mit seinen rund 3,65 Millionen Einwohnern in der »Liste der größten Städte der Europäischen Union« bei Wikipedia ganz oben: vor Madrid (3,22 Mio) und Rom (2,86 Mio), Paris folgt mit 2,1 Mio Einwohnern nur auf Platz vier.

Paris ist viel dichter besiedelt als Berlin. Mit mehr als 20.000 Einwohnern pro Quadratkilometer liegt die Stadt in dieser Hinsicht in der EU-Rangliste vorn. In Berlin leben dagegen im Schnitt nur etwa 4.000 Menschen auf jedem Quadratkilometer, bei der Bevölkerungsdichte in der EU reicht es nur zu Platz 20. Dass Paris nur auf 2,1 Millionen Einwohner kommt, liegt also an seiner Ausdehnung. Mit 105 Quadratkilometern ist es viel kleiner

als Berlin, das mit 892 Quadratkilometer über fast neunmal so groß ist. Vor 100 Jahren war das noch anders. Ohne das »Groß-Berlin-Gesetz« von 1920 würde es in der aktuellen Wikipedia-Rangliste wohl nur zu Platz 21 unter den bevölkerungsreichsten Städten der EU reichen. Vor dem 1. Oktober 1920 beschränkte sich die Stadtfläche Berlins nämlich auf die der heutigen Bezirke Mitte (einschließlich Tiergarten und Wedding) und Friedrichshain-Kreuzberg sowie Prenzlauer Berg. Auf den rund 70 Quadratkilometern wohnen hier derzeit etwa 850.000 Menschen (12.000 Einwohner/km²). Im Jahr 1910 drängten sich hier noch 2,1 Millionen Menschen: etwa 30.000 auf jedem Quadratkilometer. Würde Paris nur einige seiner Vorstädte eingemeinden, könnte es also mühelos Berlin als größte Stadt der EU überholen und blie-

be dabei flächenmäßig immer noch deutlich kleiner als die deutsche Hauptstadt. Auch Madrid, das nur etwa zwei Drittel der Fläche von Berlin umfasst, könnte dies schaffen. Barcelona wäre ein weiterer Kandidat, mit einer gewissen Brutalität könnte man wahrscheinlich auch im dicht besiedelten Raum zwischen Rotterdam und Amsterdam und am Rhein zwischen Bonn, Köln, Düsseldorf und Duisburg eine bevölkerungsreichere, aber flächenmäßig nicht größere Metropole als Berlin zusammenschustern.

Die größten Städte der Welt

Bevölkerungsreichste Stadt auf dem europäischen Kontinent ist mit etwa 15 Millionen Einwohnern nach wie vor Istanbul. Auf Platz zwei folgt Moskau mit etwa 12,5 Millionen Einwohnern, vor Berlin kommen auch noch London mit knapp 9 Millionen und St Petersburg mit 5,4 Millionen Bewohnern. Berlin schafft es dank seiner großzügigen Stadtgrenzen aber immerhin auf Platz 5. Auf der Liste der größten Städte der Welt landet Berlin bei Wikipedia aktuell dagegen nur auf Platz 68. Und sehr wahrscheinlich würde unsere Stadt bei neueren Zahlen hier noch weiter nach hinten rutschen, denn es tummelt sich hier im Umfeld von Städten wie Addis Abeba, Kapstadt oder Nairobi, die wesentlich schneller wachsen als europäische Städte. Einige der Städtenamen in diesem Bereich kennt man hierzulande kaum: Jinan, Changchun, Kunming oder Changsha zum Beispiel sind chinesische Millionenstädte mit rund 3,5 Mio. Einwohnern. Auch die haben wohl in Wirklichkeit Berlin schon überholt, denn die letzte Volkszählung Chinas war im Jahr 2010. Vermutlich liegt Berlin also in Wirklichkeit schon gar nicht mehr im Bereich der 100 größten Städte der Welt. Das muss uns freilich nicht ärgern. Denn im vergangenen Jahrzehnt bereitete uns in Berlin schon ein vergleichsweise moderates Bevölkerungswachstum von elf Prozent erhebliche Probleme. Die Einwohnerschaft vieler Metropolen in Afrika und Asien schwoll im selben Zeitraum jedoch um dreißig, vierzig oder fünfzig Prozent oder mehr an. Ähnlich rapide wuchsen das damalige Berlin und seine umgebenden Gemeinden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, der sogenannten Gründerzeit. Man kann sich heute gar nicht mehr vorstellen, wie das möglich war. Und wie man es geschafft hat, gleichzeitig auch noch eines der modernsten Nahverkehrssysteme seiner Zeit aufzubauen sowie ein flächendeckendes Netz aus unterirdischen Wasser- und Abwasser-, Strom- und Gasleitungen, eine vorbildliche Gesundheitsversorgung und ein flächendeckendes Bildungssystem. cs

Veranstaltungs- und Lesetipps zum Jubiläum

Natürlich widmen sich in diesem Jahr zahlreiche Veranstaltungen, Ausstellungen und Publikationen dem Thema »100 Jahre Groß-Berlin«, Hier nur eine Auswahl aus dem breiten Angebot:

Ausstellungen

Chaos & Aufbruch

Das Märkische Museum im Bezirk Mitte zeigt ab April die Ausstellung »Chaos & Aufbruch – Berlin 1920–2020« und geht der Frage nach, wie aus einem chaotischen Umbruch ein konstruktiver Aufbruch gestaltet werden kann: Wie kann Großstadt gelingen? Eine historische und eine aktuelle Zeitebene laden zu einer Entdeckungsreise ein, die von den Problemen der Stadt über Lösungsansätze bis hin zu ihrem Zukunftspotential führt. Dabei geht es um Wohnen, Verkehr, Erholung, Verwaltung, um die Anbindung an das Umland und auch um Identität. Dies ist auch die zentrale Ausstellung des Kooperationsprojekts »Großes B – dreizehnmals Stadt« des Stadtmuseums Berlin mit den zwölf Berliner Bezirksmuseen. Begleitet wird sie vom Online-Portal »1000x.Berlin« mit Fotografien und Biografien aus einhundert Jahren.

Märkisches Museum, Am Köllnischen Park 5, 26. April 2020 bis 10. Januar 2021

Berlin Sinfonien

Die Deutsche Kinemathek hat in Kooperation mit dem Land Berlin die Medieninstallation »Berlin Sinfonien« konzipiert. Am Beispiel der drei Dokumentarfilme »Berlin. Die Sinfonie der Großstadt« (Walther Ruttmann, 1927), »Berlin: Sinfonie einer Großstadt« (Thomas Schadt, 2002) und »Symphony of Now« (Johannes Schaaf, 2018) lassen die Filmbilder einen Tag in Berlin in den 1920er Jahren, zur Jahrtausendwende und in der Gegenwart Revue passieren.

Rotes Rathaus, 6. März bis 7. Mai 2020, Eintritt frei

Gezeichnete Stadt – Arbeiten auf Papier von 1945 bis heute

Die Faszination von KünstlerInnen für die Großstadt ist in der Berliner Kunst seit 1945 stets gegenwärtig. Die Ausstellung zeigt Arbeiten der im doppelten Sinne gezeichneten

Stadt Berlin: die Trümmer des Krieges wie auch urbane Biotope der 1970er bis 1990er Jahre diesseits und jenseits der Mauer. Berlinische Galerie, Bezirk Mitte, Alte Jakobstraße 124–128, 19. Juni bis 5. Oktober 2020,

Unvollendete Metropole.

100 Jahre Städtebau für (Groß-)Berlin

Die Ausstellung zeigt die historischen architektonischen und städtebaulichen Leistungen Berlins seit 1880 und die aktuellen Potenziale der Metropolregion Berlin-Brandenburg. Gleichzeitig wagt die Ausstellung einen Blick in die Zukunft, indem sie die Ergebnisse des »Internationalen Städtebaulichen Wettbewerbs Berlin-Brandenburg 2070« öffentlich präsentiert. Die Entwicklungen sind mit Blick auf Schlüsselthemen wie Wohnen, Verkehr, Freizeit und Erholung oder die Vielzahl an Zentren innerhalb der Stadt und im Umland dargestellt. Darüber hinaus wird die Betrachtung um eine europäische Perspektive erweitert. Anhand der Berliner Partnerstädte Moskau, Wien, Paris und London wird thematisiert, wie andere Metropolen mit aktuellen urbanen Herausforderungen umgehen.

Ort: Kronprinzenpalais, Unter den Linden 3, 14057 Berlin, 1. Oktober bis 31. Dezember 2020

Publikationen

Metropole Berlin – 1920|2020

Das Buch von Andreas Ludwig und Gernot Schaulinski beschreibt das Berlin der 20er Jahre als sozialen Raum und als Handlungsfeld der kommunalen Selbstverwaltung. Welche Probleme waren zu bewältigen? Welche Lösungsstrategien wurden erprobt? Welche Konflikte waren zu lösen? Und welche Zukunftsvorstellungen von Berlin wurden damals entwickelt? Dabei werden Bereiche wie Bevölkerungsstruktur, die Wohnungssituation, die Verkehrsinfrastruktur und das Thema Schule eine wichtige Rolle spielen. Vergleiche zu heutigen Debatten um Berlin und seine Entwicklung werden offensichtlich.

Erscheinungsdatum: Ende April 2020, kostenlos
Erhältlich bei: Berliner Landeszentrale für politische Bildung sowie an verschiedenen Orten in Berlin, Telefon: (030) 90227-4966



Publikationen der Hermann-Henselmann-Stiftung

Die Stiftung veranstaltet seit 2016 jährlich Kolloquien zum Thema »100 Jahre Groß-Berlin« und greift die Schlüsselaufgaben wie die Wohnungs-, Verkehrs- und Grünfrage sowie die Planungskultur heraus. Darüber hinaus veröffentlicht sie die fünfteilige Publikationsreihe »100 Jahre Groß-Berlin 2020«,

Juni 2017: »100 Jahre Groß-Berlin – Wohnungsfrage und Stadtentwicklung (1)«, Harald Bodenschatz und Cordelia Polinna (Hg.)

November 2018: »100 Jahre Groß-Berlin – Verkehrsfrage und Stadtentwicklung (2)«, Harald Bodenschatz und Cordelia Polinna (Hg.)

Juni 2019: »100 Jahre Groß-Berlin – Grünfrage und Stadtentwicklung (3)«, Harald Bodenschatz, Dorothee Brantz (Hg.)

April 2020 geplant: »100 Jahre Groß-Berlin – Planungskultur und Stadtentwicklung (4)«

2021 geplant: »100 Jahre Groß-Berlin – Perspektiven für die Hauptstadtregion (5)«

Weitere Information erhalten Sie bei: Hermann-Henselmann-Stiftung, Beatrice-Zweig-Straße 2, 13156 Berlin

Haushaltsbefragung abgeschlossen

Milieuschutz für die Wilhelmstadt wird vertiefend untersucht

Im November des vergangenen Jahres erhielten insgesamt 23.000 Haushalte in der Wilhelmstadt, der Neustadt und der Altstadt Post vom Bezirksamt. Darin bat der Bezirksstadtrat für Bauen, Planen und Gesundheit Frank Bewig um die aktive Mitwirkung an einer Haushaltsbefragung: ein beiliegender Fragebogen sollte ausgefüllt und an die mit der Durchführung der Befragung beauftragten Planungsbüros zurückgesandt werden.

Bis zu den Weihnachtsferien gingen nach der Auskunft des Büros S.T.E.R.N. insgesamt knapp 2.900 ausgefüllte Fragebögen ein, was einer Rücklaufquote von etwa 12,5% entspricht. Das ist für eine schriftliche Befragung ein sehr gutes Ergebnis und ermöglicht gesicherte Aussagen über die soziale Entwicklung in den untersuchten Stadtgebieten. Denn nur wenn sich auch gerichtsfest nachweisen lässt, dass dort sowohl ein Aufwertungspotenzial des bestehenden Wohnraumes existiert als auch ein gewisser Verdrängungsdruck auf dem Wohnungsmarkt herrscht, lässt sich die Ausweisung von Milieuschutzgebieten juristisch begründen. In diesen »sozialen Erhaltungsgebieten« ist die soziale Zusammensetzung der Wohnbevölkerung unter besonderen Schutz gestellt. Dann bedürfen Modernisierungsmaßnahmen durch die Hauseigentümer einer besonderen Genehmigung durch den Bezirk, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen ist für eine begrenzte Frist nur noch in besonderen Fällen zulässig und sogar in den Verkauf von Mietshäusern kann mittels eines kommunalen Vorkaufsrechts eingegriffen werden. Das sind ziemlich weitreichende Eingriffe in die Eigentumsfreiheit.



In Berlin gibt es bereits 58 Gebiete mit einer »sozialen Erhaltungsverordnung«, die meisten davon in der Innenstadt. Und es kommen jedes Jahr neue hinzu: Der angespannte Wohnungsmarkt macht sich inzwischen aber auch in den Randbezirken der Stadt deutlich bemerkbar: In Spandau werden derzeit sechs »Verdachtsgebiete« intensiv untersucht, zwei davon (»Adamstraße« und »Borkumer Straße«) befinden sich in der Wilhelmstadt. Bis zum Frühsommer sollen die beiden beauftragten Büros S.T.E.R.N. und argus Ergebnisse ihrer vertiefenden Untersuchungen vorlegen. Darin fließt nicht nur die Auswertung der Haushaltsbefragung ein – eine wichtige Rolle spielen auch statistische Daten, die im Land Berlin über die untersuchten Regionen regelmäßig erhoben werden. Zudem werden auch Expertengespräche geführt. Nicht immer schlagen die Büros am Ende tatsächlich auch die Ausweisung von Milieuschutzgebieten vor, manchmal ändern sich im Laufe des Verfahrens auch die Grenzen der Gebiete.

Entscheiden werden letztlich das Bezirksamt und die Bezirksverordnetenversammlung die sozialen Erhaltungsverordnungen für die Gebiete beschließen müssen. Dabei legen sie auch die Inhalte dieser Verordnungen fest, die sich von Bezirk zu Bezirk oft deutlich unterscheiden – zum Beispiel in der Frage, welche Modernisierungen als genehmigungsfähig angesehen werden und welche nicht. Manche Bezirke führen auch lokale Mietobergrenzen ein, die bei der Umlage von Modernisierungskosten nicht überschritten werden dürfen.

Kein Umzug der Feuerwache

Die Berliner Feuerwehr sucht derzeit in der Wilhelmstadt nach einem Grundstück für eine neue Rettungswache. Dort würde dann ein zusätzlicher Rettungswagen stationiert, aber keine Löschzüge. Die Feuerwache Spandau-Süd in der Betckestraße bliebe an ihrem gegenwärtigen Standort erhalten. Das teilte uns die Pressestelle der Berliner Feuerwehr auf Nachfrage mit. Anfang Januar hatte eine Meldung im Spandau-Newsletter des Tagesspiegel, die man auch falsch verstehen konnte, für Unruhe gesorgt. Die Feuerwache Spandau-Süd wird von der Berufsfeuerwehr betrieben, dort sind mehrere Löschfahrzeuge und Rettungswagen stationiert sowie ein Notarzteinsatzfahrzeug. Zudem liegt hier das Löschboot der Berliner Feuerwehr vor Anker: Vor der Maueröffnung war im Südhafen die strategische Mineralölreserve von Westberlin untergebracht, direkt vor der Feuerwache befand sich ein Liegehafen für Tankschiffe. Noch heute ist dort das Rauchen verboten.

Zu: Dreisatz: »Berlins DNA« und »Einwurf: Nicht ohne meinen Parkplatz« (Wilma, Nr. 5+6/2019, Seiten 16 und 22)

Liebe Redaktion, das derzeitige Berlin Logo lautet richtig »be Berlin«, also »Sei Berlin« (ohne Punkt in der Mitte, der gehört zum Brandenburger Tor-Symbol, und Berlin groß geschrieben). Als eingeborener Berliner habe ich diese Kampagne schon immer für Unsinn gehalten. Ein eingeborener Berliner braucht nicht auf Englisch aufgefordert zu werden, Berlin zu sein. Die zugezogenen Berliner vielleicht, aber auch nicht auf Englisch. Und die Touristen dürften sich nicht angesprochen fühlen. Und die dümmste Idee war, dieses Logo in die Kopfbögen der deutschsprachigen

Ihre Beteiligung ist gefragt!

Mittlerweile ist es im Bezirk Spandau Tradition geworden, im Frühjahr eines Jahres eine Generationen-BVV durchzuführen. Der Ältestenrat der BVV Spandau hat Mittwoch, den 29. April 2020, 17:00 Uhr als Termin ausgewählt, um die 13. Generationen-Bzirksverordnetenversammlung (Generationen-BVV) im Bürgersaal des Rathauses Spandau stattfinden zu lassen. Dabei ist das Engagement der Spandauer Bürgerinnen und Bürger gefragt! Beteiligen können sich wie gewohnt: Bürgerinnen und Bürger, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, und Jugendliche bis zum 21. Lebensjahr. Anträge und Anfragen zu dieser Sitzung sind schriftlich bis zum 5. März 2020 bei der Bezirksverordnetenvorsteherin, Frau Gaby Schiller, einzureichen: BVV Spandau, Carl-Schurz-Str. 2/6 in 13578 Berlin oder per E-Mail an: bvv@ba-spandau.berlin.de (Bitte das Geburtsdatum/-jahr sowie eine Telefonnummer für eventuelle Rückfragen angeben.)

Berliner Verwaltung zu platzieren. Die Stadtmarke ist nur deshalb omnipräsent, weil sie überall hingeklebt und -gedruckt wurde und man sich dem nicht entziehen kann. Wozu brauchen wir überhaupt ein neues Marketing-Logo? Wir haben doch unser Berliner Wappen. Und der Bär allein, also ohne Wappenschild und Krone aus diesem Wappen kann auch weiterhin für Berlin werben.

Und zu »Nicht ohne meinen Parkplatz«: ja, es stimmt; die Autos parken heute dank der Einparksensoren so dicht hintereinander, dass man oft mit einem Kinderwagen, einem Rollator oder einem Fahrrad nicht zwischen ihnen hindurch die Fahrbahn betreten kann. Aber deswegen für das Parken grundsätzlich Gebühren und dann noch hö

Insgesamt sollen 16 Anträge und 8 Anfragen in der Generationen-BVV behandelt werden. Je 8 Anträge und je 4 Anfragen von den SeniorInnen und den Jugendlichen sollen am 29. April 2020 behandelt werden. Einerseits wird die gewählte Seniorenvertretung die Anträge und Anfragen der SeniorInnen sichten, andererseits werden die jugendpolitischen SprecherInnen der Fraktionen die von den Jugendlichen eingereichten Anträge und Anfragen sichten und die entsprechende Auswahl treffen. In der BVV-Sitzung am 29. April 2020 erhalten die VerfasserInnen der Anträge bzw. Anfragen ein Rederecht. Die Redezeit beträgt pro Antrag oder Anfrage fünf Minuten für den jeweiligen Verfasser bzw. eine von ihm benannte Vertretung. Die in der BVV vertretenden Fraktionen haben ebenfalls eine Redezeit von fünf Minuten pro Antrag oder Anfrage. Für Nachfragen steht Ihnen die Bezirksverordnetenvorsteherin unter folgender Telefonnummer zur Verfügung: (030) 90 279-2404

here als bisher erheben? Das schafft doch keinen Parkplatz mehr. Und Freiflächen am Straßenrand erst recht nicht. Es gibt tatsächlich kein Menschenrecht auf einen Parkplatz vor der eigenen Haustür. Es gibt überhaupt keinen Anspruch darauf. Und auch kein solches Privileg von Gott, obwohl ich mir denken könnte, dass der es schon lieber sähe, wenn es ein solches gäbe, damit wir mit der Parkplatzsuche nicht die Umwelt unnötig verpesteten. Gleichwohl, die Autofahrenden haben sich im Laufe der Zeit an die Parkplatznot gewöhnt und suchen sich halt einen Parkplatz in der näheren oder fernerer Umgebung. Und das klappt auch zumeist. Stimmts? Mit freundlichen Grüßen, Hans-Jürgen Steinmüller

Buchtipp: Unbekanntes Berlin erleben

Andreas Hoffmann präsentiert in seinem Buch »Schmargendorfer Alpen, Rummels Burg und Blanke Hölle. Fundsachen aus Groß-Berlin« Merkwürdigkeiten aus den 20 Bezirken von 1920 – vergessen, aber noch erlebbar. Kleine Dinge meist, aber von großer Erzählspannung: mal eine Eiche, eine Treppe, mal ein Pfeifenkopf oder ein leerer Sarkophag. Und ganz nebenbei wird klar, wieso Berliner so sind, wie sie sind. Andreas Hoffmann, Transit Buchverlag, 174 Seiten, 92 Abbildungen, 18 €



Ein Neubau für den Seniorenklub

Dem Seniorenklub in der Weverstraße, eine kommunale Einrichtung, sieht man von außen nicht unbedingt an, wie gut besucht er ist. Seit etlichen Jahren gibt es hier vielfältige Angebote: von der Wander- oder der Videogruppe über Yoga, Internet-Café, Computer- oder Sprachkurse, Line Dance, Tischtennis, Skatrunden, Gedächtnistraining,



Umgestaltung des Metzer Platzes

Das Kiosk- und Toilettenhäuschen auf dem Metzer Platz ist bereits abgesperrt und wird abgerissen. Doch eine öffentliche Toilette soll und wird es an dieser Stelle auch künftig geben. Und alles andere auf dem Platz? – Einigkeit herrscht darüber, dass der Metzer Platz, so wie er jetzt aussieht, nicht optimal gestaltet und genutzt wird. Nun ist ja schon seit langem die Umgestaltung der Pichelsdorfer Straße geplant (und wenn die Wasserbetriebe nun endlich mal in die Puschen kommen sollten, könnten 2021 dann auch tatsächlich die Arbeiten an der Pichelsdorfer beginnen – vorausgesetzt, bei den Wasser betrieben läuft alles nach Plan ...) Jedenfalls kommt man dabei natürlich nicht umhin, auch über eine Neugestaltung des Metzer Platzes nachzudenken. Inzwischen wurde das Planungsbüro »Büro Planwerk« damit beauftragt, eine Machbarkeitsstudie zur Umgestaltung des Platzes zu erarbeiten. Im letzten November trafen sich zudem Vertreter des Planungsbüros sowie Mitarbeiter des bezirklichen Stadtplanungsamts, des Straßen- und Grünflächenamts (SGA), des Geschäftsstraßenma

Malen bis hin zu den Treffen der »Neuland«-Gruppe für frischgebackene Ruheständler um die 60. Viele Möglichkeiten also, aktiv zu werden – und die werden auch rege genutzt. Viele Senioren kommen aber einfach vorbei, um einen Kaffee zum günstigen Preis zu trinken und dabei mit anderen zu plaudern. Doch auch andere Akteure nutzen den Seniorenklub gern für bestimmte Anlässe: so lud die Senatsinitiative BENN Ende letzten Jahres hier zum Workshop ein, Thema: Ehrenamtsarbeit in der Nachbarschaft. Doch der 1977 eingeweihte kleine Flachbau ist mittlerweile in die Jahre gekommen, das Gebäude höchst aufwändig zu sanieren stünde in keinem vertretbaren Kosten-Nutzen-Verhältnis. Deshalb ist geplant, den Altbau abzureißen und an dessen Stelle einen Neubau für den Klub zu errichten. Aktuell wird von einem zweigeschossigen Gebäude mit kleinem Kellerraum ausgegangen, die Kosten werden aktuell auf 4,7 Mio. Euro geschätzt. Im weiteren Planungsschritt wird derzeit ein Raumprogramm erarbeitet. Dabei wird erfasst, wie viele Nutzer es hier gibt, welche Aktivitäten hier stattfinden und welche Flächen und Räume dafür genau benötigt werden. Bis zum Beginn wirklicher Bautätigkeit wird also noch reichlich Zeit vergehen.

nagements und des KoSP als Gebietsbeauftragtem vor Ort zu einer Begehung. Ziel ist die Erarbeitung einer Vorplanung mit zwei Varianten für den Platz. Sobald diese vorliegen, sollen Abstimmungsrunden mit den hier ansässigen Gewerbetreibenden und auch mit der AG Verkehr der Stadtteilvertretung Wilhelmstadt stattfinden. Auch die Beteiligung der Anwohner ist geplant. Sobald die Ergebnisse vorliegen, sollen sie auf einer Bürgerversammlung öffentlich vorgestellt werden.

Der Metzer Platz ist noch gar nicht so alt. Offiziell trägt er erst seit 2001 diesen Namen. Zuvor gab es ihn sozusagen gar nicht – nur eine Fläche, an der die Metzer Straße und die Jägerstraße enden und die Pichelsdorfer Straße vorbeiführt. Bislang gab es dort nur ein paar Bänke, die auch gern genutzt werden, eine alte kleine Trampolinanlage und die Wall-Toilette samt Imbiss-Kiosk an der anderen Seite. Übrigens stand letzteres am historischen Ort – früher gab es hier ebenfalls eine »öffentliche Bedürfnisanstalt«, wie das damals noch hieß. Die Wilhelmstädter verliehen der Anlage auf dem Metzer Platz einen besonderen Ehrentitel: »Metzer Dom«. Außerdem gibt es hier noch die Bushaltestelle, an der der 136er und der 236er halten, einige Läden: u.a. das Restaurant »Croatia«, das »Kö«, das Café Zuckermann, die beliebte Weinhandlung Trump-Berndt (etwas ums Eck). Jedes Jahr wird auf dem Platz zu Beginn der Adventszeit ein Weihnachtsbaum aufgestellt, in letzter Zeit findet einmal Jahr das sommerliche Metzer-Platz-Fest statt, initiiert vom »Kö«, zudem gab es im Dezember bereits zum zweiten Mal einen kleinen Adventsmarkt hier.

Und welche Ideen hätten Sie als Wilhelmstädter für diesen Platz? Was würden Sie sich hier wünschen, was könnten Sie sich hier vorstellen? Schreiben Sie uns, die Wilma-Redaktion ist gespannt auf Ihre Ideen!



O-Ton Wilhelmstadt

Dreisatz

Gehen und Kommen

Zu Beginn des neuen Jahres hat sich das Gesicht der Wilhelmstadt etwas verändert. Die »Kichererbse« in der Adamstraße hat offenbar endgültig geschlossen – vielleicht fand die orientalische Küche hier zu wenig Freunde. Dafür hat sich die »Blume 2000« auf der Pichelsdorfer ganz neu in Schale geschmissen. Steht ihr gut. Man spürt, dass da jemand mit Liebe am Werk war ... Auch das kleine Frühstückscafé oben an der Pichelsdorfer / Adamstraße, neben dem Dönerladen, wurde einer Rundum-Frischkur unterzogen. Liegt es an einem neuen Betreiber? Jedenfalls ist es einladender und das Angebot vielfältiger geworden. Bei einem Tee oder Kaffee an einem der Fenster-Tische lässt sich prima das geschäftige Treiben auf der Pichelsdorfer beobachten ...

Neue Spandauer Sehenswürdigkeit

»Am 29. Januar weihten Spandaus Bezirksbürgermeister Helmut Kleebank und Spandaus Baustadtrat Frank Bewig zusammen mit dem Staatssekretär für Verkehr Ingmar Streese, sowie der Vorsitzenden des Landesbeirates für Menschen mit Behinderungen, Kathrin Geyer und der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung, Christine Braunert-Rümenapf ...« Na, was weiht so viel geballte Politprominenz wohl ein? Sie kommen nicht drauf: die erste barrierefreie Bushaltestelle in Spandau! (Station Obstallee, Blasewitzer Ring.) Das Geheimnis der Haltestelle: Der Bürgersteig ist am Einstieg um 6 Zentimeter erhöht. Angesichts dieser Pressemitteilung könnte man lächeln – wenn es nicht so traurig wäre: Im Jahr 2020 hat Spandau es geschafft, eine barrierefreie Haltestelle hinzukriegen – dann mal ran an die restlichen 6480 ...

Morgenmeeting

Kaum steht man in der kleinen Bäckerei Adamstraße, wird man auch schon herzlich umarmt. Nein, nicht vom Betreiber oder dem Verkäufer, sondern von einer lieben Bekannten. Die Naturheilpraktikerin zieht gerade mit ihrer Praxis um, nach dem -zigsten Wasserschaden in den Räumen, von der Weißenburger geht's an die Flankenschanze. Trotzdem nimmt sie sich die Zeit, noch schnell in die Bäckerei reinzuschneien, auf einen Kaffee und eine kleine Stärkung »nackich«, also direkt auf die Hand. Und auf einen kurzen Schwatz ... guten Morgen, Wilhelmstadt!



Wildwuchs, die Endlossaga: Neue Folge

Wir kommen zur (nicht immer sehr beliebten) Rubrik: Wie geht's eigentlich mit dem Neubau für Wildwuchs voran? Die einzige Kinder- und Jugendfreizeitstätte der Wilhelmstadt muss nämlich schon viel zu lange in ein paar kläglichen Containern ausharren: Konkret seit April 2017 – denn die ersten Bauarbeiten für den Neubau sollten im Herbst beginnen. Maximal zwei Jahre sollten das Team um Sozialpädagogin Brigitte Fuchs und die jungen Besucher des SJC Wildwuchs in dem Container-Provisorium aushalten, die Fertigstellung des Neubaus war für Frühjahr 2019 vorgesehen.

Wir verzichten an dieser Stelle aus Platzgründen darauf, all die Probleme und deren Ursachen aufzulisten, die immer wieder zu Verzögerungen bei der Realisierung des Bauvorhabens führten. Jedenfalls sitzt der Wildwuchs immer noch in den Containern und versucht, mit viel Herzblut, Kraft und Kreativität die tägliche Kinder- und Jugendarbeit dennoch aufrecht zu erhalten. Der Bezirk hätte allen Grund, dem SJC dankbar zu sein – andernorts wäre aus der tragikomischen Farce schon längst ein sehr öffentlicher, handfester Skandal geworden. Stattdessen nimmt der SJC die Situation mit viel Galgenhumor, veröffentlicht regelmäßig im Internet die Zahl der Bauwochen, die nun schon verstrichen sind. Wenn wir richtig mitgezählt haben, war mit Ende Januar bereits die 140. Bauwoche ins Land gegangen.

Aber immerhin: Wer derzeit das Areal in der Götelstraße besucht, sieht Bagger und emsige Bautätigkeit. Nach 140 Wochen liegt ja nun sogar schon die Bodenplatte, wo sie liegen soll, und das Kellergeschoss ist bereits deutlich zu sehen. Doch die nächsten Probleme sind schon absehbar: Denn die ewigen Verzögerungen haben dazu geführt, dass manche Bauleistungen erst jetzt wieder ausgeschrieben werden können. Allerdings haben sich seit der Ursprungskalkulation der Kosten im Jahr 2016 die Baupreise deutlich erhöht (und ohnehin sind Ausschreibungen des Landes Berlin schon wegen der überbordenden Bürokratie für viele Baubetriebe nicht attraktiv). Die so entstandenen Mehrkosten müssen ja nun auch finanziert werden. Doch wer das Geld zu welchem Zeitpunkt zur Verfügung stellt, das ist noch zwischen Bezirk und Senat Gesprächsthema (um es mal euphemistisch auszudrücken) ... Sie können also sicher sein, dass diese Fortsetzungsgeschichte in der Wilma Ihnen noch eine Weile erhalten bleibt. us



Adressen

Prozesssteuerung

Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement (KoSP)
Schwedter Straße 34A, 10435 Berlin
www.kosp-berlin.de
Andreas Wilke, Tel. 030 - 330028 – 36
wilke@kosp-berlin.de
Linda Tennert-Guhr, Tel. 030 - 330028 – 30
tennert-guhr@kosp-berlin.de

Geschäftsstraßenmanagement

Ulrike Stock / Torsten Wiemken,
Tel. 030 - 30 12 46 97 bzw. 0178 - 352 38 01
gsm@wilhelmstadt-bewegt.de
Öffnungszeiten Büro Adamstraße 39 (Stadtteilladen) Di und Mi 10–13 Uhr
die raumplaner / LOKATION:S
Kaiser-Friedrich-Straße 90, 10585 Berlin
www.die-raumplaner.de

Stadtteilvertretung Wilhelmstadt

Sprecher: Michael Henkel, Markus Ritter,
Emilio Paolini
Öffentliche Sitzung:
jeder 1. Mittwoch im Monat, 19 Uhr
Stadtteilladen Adamstraße 39
www.stv-wilhelmstadt.de

Bezirksstadtrat für Bauen, Planen und Gesundheit

Frank Bewig
Bezirksamt Spandau von Berlin
Carl-Schurz-Straße 2/6, 13597 Berlin
Tel. 030 - 90 279 - 22 61
frank.bewig@ba-spandau.berlin.de

Fachbereich Stadtplanung

Carl-Schurz-Straße 2/6, 13597 Berlin
Sprechzeiten: dienstags und freitags 9–12 Uhr und nach telefonischer Vereinbarung

Amtsleiter:

Markus Schulte, Tel. 030 - 90 279 - 35 72
markus.schulte@ba-spandau.berlin.de

Gruppenleitung Städtebauförderung:

Nadine Deiwick, Tel. 030 - 90279 - 2526
nadine.deiwick@ba-spandau.berlin.de

Förderprogramm »Aktive Zentren Berlin«:

Jörg Rinke, Tel. 030 - 90 279 - 3568
joerg.rinke@ba-spandau.berlin.de
Katharina Lange, Tel. 030 - 90 279 - 2280
katharina.lange@ba-spandau.berlin.de

Sanierungsverfahren Spandau-Wilhelmstadt:

Kerstin Schröder, Tel. 030 - 90 279 - 35 73
kerstin.schroeder@ba-spandau.berlin.de

Beratung im Stadtteilladen Adamstr. 39

siehe Seite 7

AG »Geschichte und Geschichten«

Die Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit der jüngeren Geschichte der Wilhelmstadt, baut derzeit ein Archiv auf und trifft sich jeden zweiten Montag und jeden letzten Donnerstag im Monat um 17 Uhr im Stadtteilladen.

LOGOS

Nachhilfe für Schüler (alle Schulfächer):
Di + Mi ab 16 Uhr im Stadtteilladen
Schachtraining (Anfänger, für Kinder ab 8 Jahren): mittwochs 18.30–20 Uhr,
Unterricht auf Deutsch

SELAM

(Sozialarbeit für Kinder und Jugendliche)
Ansprechpartner: Mesut Göre,
Kontakt: Tel. 0176-34 93 90 44

Von der Schlossfreyheit zum Borgwall am Cröwel

505 Jahre Fischersozietät Tiefwerder-Pichelsdorf (Teil II)

Lang ist's her, seit wir in der WILMA 4/2019 berichtet haben von dem im Jahre 1515 von churfürstlichen Gnaden, Joachim I. (gen. Nestor) den wendischen Fischern vor dem Schlosse zu Spandow erteilten Privileg »zu fischen flussauf und nider«.

Nestors Sohn und Nachfolger auf dem Fürstenthron, Joachim II. (gen. Hector), hat mit seinem Beschluss, ab 1560 das Schloss bis auf Juliusturm und Pallas abzureißen und dort die mächtige Festung Citadelle Spandow zu errichten, dafür gesorgt, dass die 29 Kietzer Fischer ihr seit 1375 verbrieftes Dorf verlassen mussten.

Nun war das vom Markgrafen und Churfürsten an »seyne lieben Kietzer« verliehene Privileg nicht umsonst. Denn die Fischer mussten dem Schloss und Amte so manche Dienste leisten. Von Hilfen bei der Ernte und Mahd auf den fiskalischen Wiesen und Äckern über das Reinigen und Heizen im Schloss bis zu Hol- und Bringdiensten von Bierfässern, Briefen, Sägeblöcken, Mühlsäcken, Wildbret oder Kien ...

Natürlich mussten sie auch dem Schloss exakt festgelegte Mengen ihres Fangs abliefern und, wenn sie schon mal mit ihren Kähnen unterwegs waren, »nebenbei« noch schnell die »churfürstlichen Schwäne lähmen und pflücken« oder für die Sauberkeit und den guten Zustand, der Hafen-, Burg- und Festungsgräben sorgen.

Auf die Dienste wollte Joachim II und sein Spandauer Vogt aber nicht verzichten. Was tun? Waren doch die Abgaben und Dienste der Fischer daran gebunden, dass sie aufgrund ihres Domizils vor dem Schloss auch dem Schloss gehörten. Sie unterstanden dem »churfürstlichen Richter vor dem Thame« und hatten, vom Recht auf Kirchgang abgesehen, keine Rechte oder Pflichten gegenüber der Stadt Spandow.

Ein schlauer Plan des Landesherrn: Für sechs Kietzer fand sich noch Platz auf dem Behnitz



Der Kietz am Burgwall



»vor dem Thame«, dem Damm der Heerstraße Richtung Berlin/Cölln bzw. Barnim. Für 23 Kietzer wurde das einst dem Benediktinerinnenkloster gehörende Areal des »alten Borgwall am Cröwel«, an der heutigen Krowelstraße, beschlagnahmt und von Amts wegen quasi als Zubehör von Schloss und Festungsbauwerk erklärt, wie noch 30 Jahre später im Erbregister von 1590 nachzulesen: »Der Kietz gehöret zum Schlosse mit aller Gnaden und Gerechtigkeyt überall davon ausgenommen«.

Der Nicolaikirche, seit der Reformation die neue Eigentümerin, war das natürlich nicht Recht und sie bat den Kurfürsten um Entschädigung. Dem folgte Joachim II nur widerwillig und versprach 150 Taler Ausgleichzahlung, die jedoch erst 28 Jahre nach der Ansiedlung der Kietzer am Burgwall beglichen wurden. Jedoch nicht aus dem Topf des Fiskus: Im Jahr 1589 kaufte die Witwe des Bäckers und Kirchengemeindevorstehers Valentin Neumeister einer Landknechtsgattin eine Menge an Leinen, Geräten und Flachs ab, das sich zuvor aber im Besitz des Hauptmanns Georg von Ribbeck befand, der auch weder Kenntnis noch Zustimmung zu diesem Geschäft gab.

Die Diebin wurde, wie es lapidar in der Spandower Geschichte von D. F. Schulze (1784) heißt, »zur Strafe ins Wasser geworfen« und der »Neumeisterin« wurden wegen Hehlerei genau die 150 Taler aufgebrummt, die dann an den Spandauer Rat zum Ausgleich der Forderung von St. Nicolai geleitet wurden. Am Ende aber haben die noblen Rathsherren die 150 Thaler in den Stadtsäckel gepackt und der Nicolaikirche lieber jährlich neun Thaler Zins bezahlt. Aber schon 1622, während des dreißigjährigen Krieges, hörten sie

damit auf, wodurch bis 1708 alleine 477 Taler Zinsschuld aufliefen. Auf die musste die Kirche wegen einer schon damals »angespannten Haushaltslage« ebenso verzichten wie auf die »unablösliche Schuld« des Kapitals der 150 Taler.

Die Kietzer jedoch waren die Nutznießer. Sie hatten hier am Ort der im 8. Jahrhundert aufgegebenen Burg und Ansiedlung der Heveler, nahe der »Spandowe« (slaw. Zusammenkunft) von Spree und Havel (s. WILMA II/2015) ausreichend Platz für die Parzellen des neuen Fischerdorfes mit Dorfschulze und eigenen Schöffen und einer gemeinschaftlichen Wiesenfläche. Viehhaltung war ihnen zwar untersagt, aber das Heu der Wiese brachte immer ein kleines Zubrot.

Bis weit ins 18. Jahrhundert gab es immer wieder Eingaben, Beschwerden, Zank und Rechtsstreit sowohl um die Dienste und ihre geldwerten Abgleichungen wie auch um die Art und den Umfang der zugestandenen Fischereirechte. Alleine zwischen Berlin und der Stadt Brandenburg lagen in Amts- und Kirchenbüchern oder auf Ufergrundstücken gut 800 eingetragene Rechte. Keines davon aber war so umfangreich und nachhaltig wie das der Fischer vom Spandauer Kietz. Die haben auch bis 1741 bei jedem Nachfolger auf dem Kurfürsten- oder Königsthron für eine neuerliche Bestätigung ihrer Privilegien gesorgt.

Diese Rechte waren jedoch nicht nach Namen dem alten »Fischeradel« wie Mahnkopf, Tübbicke, Lindow oder Rackwitz, sondern den 29 Grundstücken der Kietzer Fischergemeinde – inklusive der Umsiedlungen – zugeschrieben. So auch beim nächsten und wohl auch letzten unfreiwilligen Umzug in der »Franzosenzeit«.

Thomas Streicher